











Antworten der politischen Parteien auf die Wahlprüfsteine der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen zu den Bundestagswahlen 2017





Synopse zu ausgewählten Fragen





Bonn, 31.7.2017





Die Zusammenstellung der Antworten umfasst 56 Seiten. Die Seitenangaben in dieser Synopse beziehen sich auf diese.





1. Stellenwert und Struktur der Seniorenpolitik (Forderungen des 7. Altenberichts)	 CDU/CSU	 SPD	DIE LINKE. Die Linke	 DIE GRÜNEN	 FDP
<p>1.1 Forderung nach einem Leitgesetz zur Stärkung einer Politik für ältere und mit älteren Menschen</p> <p>Seiten 1 - 2</p>	<p>Wir halten es für wichtig, bundesweit Altenhilfestrukturen verstärkt zu planen, auf- und auch auszubauen. Wir werden gemeinsam mit der Altenberichtskommission eine breite Debatte über die Sorge und Mitverantwortung in der Kommune anstoßen und so der Politik für ältere Menschen neue Impulse geben.</p>	<p>Eine öffentliche Debatte zu einem „Leitgesetz zur Stärkung einer Politik für ältere und mit älteren Menschen“ wird zusätzliche Aufmerksamkeit auf das Thema Seniorenpolitik lenken. Werden auch in Zukunft gesetzliche Weiterentwicklungen der Politik für ältere Menschen initiiert.</p> <p>Förderung und Erhalt von Zugehörigkeit und Teilhabe stehen ganz oben auf unserer Agenda der Politik mit und für ältere Menschen.</p>	<p>Für ein selbstbestimmtes Altern in Würde mit der Möglichkeit, dass Seniorinnen und Senioren ihr Älterwerden eigenständig bestimmen können.</p> <p>Ob dies in Form eines Leitgesetzes zur Stärkung der Politik für ältere Menschen unterstützt werden muss, bedarf einer genaueren Prüfung.</p>	<p>Politik für ältere Menschen stärker in den Kommunen verankern und unterschiedliche Politikbereiche wie die Gesundheits- und Pflegepolitik mit der Altenhilfe, der Bau-, Wohn-, Infrastruktur und Mobilitätspolitik besser verzahnen.</p>	<p>In einer älter werdenden Gesellschaft müssen die Leistungen für Gesundheit und Pflege, aber auch für Menschen mit Behinderungen im Falle einer Erkrankung oder bei Eintritt der Pflegebedürftigkeit besser miteinander verzahnt werden. Daher setzen wir uns auch für eine sinnvolle Verknüpfung und Verzahnung der verschiedenen Sozialgesetzbücher ein. Mehr als symbolträchtige Leitgesetze interessieren uns die konkreten Inhalte und Maßnahmen, die eine moderne Alterspolitik auszeichnen.</p>





1. Stellenwert und Struktur der Seniorenpolitik (Forderungen des 7. Altenberichts)	 CDU/CSU	 SPD	DIE LINKE. Die Linke	 DIE GRÜNEN	 FDP
<p>1.2 Erweiterung der finanziellen Handlungsspielräume und Kompetenzen der Kommunen, um vor Ort die Politik für und mit älteren Menschen wirkungsvoll weiter zu entwickeln</p> <p>Seiten 2-3</p>	<p>Wir halten es für erforderlich, weiterreichende Ziele zur Stärkung der Rolle der Kommunen und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für ältere Menschen anzustreben und so eine Neuausrichtung der Politik für ältere Menschen zu bewirken.</p>	<p>Wir entlasten Städte und Gemeinden in Milliardenhöhe und stärken gezielt finanzschwache Kommunen (seit 2014 übernimmt Bund Kosten für Grundsicherung im Alter – jährlich 6 Mrd. Euro; Bund entlastet Kommunen bei Sozialausgaben mit anwachsendem Betrag – 5 Mrd. Euro ab 2018).</p> <p>Ziel: gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen, in Stadt und Land, in Ost und West, in Nord und Süd.</p>	<p>Seniorenpolitik in Form einer Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz festschreiben. Kommunen müssen durch Bund und Länder in die finanzielle Lage versetzt werden, die nötigen Kompetenzen zu erlangen, vorzuhalten und dem Bedarf angepasst anzuwenden.</p> <p>Den Vorschlag, die Altenhilfe zu einer kommunalen Pflichtaufgabe zu machen, unterstützt DIE LINKE.</p>	<p>Wir wollen den Kommunen mehr Möglichkeiten geben, lebenswerte Quartiere für alle Generationen zu schaffen, die auch bei Pflegebedürftigkeit auffangen.</p> <p>Kommunen brauchen deshalb mehr Möglichkeiten, Hilfe- und Pflegeangebote vor Ort zu vernetzen und aufeinander abzustimmen. Finanziell wollen wir die Kommunen so ausstatten, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können. Dazu bedarf es einer Neuordnung des kommunalen Finanzsystems.</p>	<p>Wir unterstützen eine Stärkung der Handlungsfähigkeit und der Selbstverwaltung der Kommunen. Wir wollen ein echtes Konnexitätsprinzip im Grundgesetz verankern.</p> <p>Es muss gelten: Wer neue Aufgaben schafft, muss diese auch bezahlen. Dieses Prinzip würde es dem Bund auch ermöglichen, den Kommunen direkt Geld für neue Aufgaben schnell und ohne Umwege über die Länder bereitzustellen – z.B. auch für die Altenhilfe.</p>





1. Stellenwert und Struktur der Seniorenpolitik (Forderungen des 7. Altenberichts)	 CDU/CSU	 SPD	DIE LINKE. Die Linke	 DIE GRÜNEN	 FDP
<p>1.4 Erhöhung und bedarfsgerechte Verwendung der Mittel für die originären Ziele des Bundesaltensplans (Förderung von Seniorenorganisationen, gerontologische Forschung und Modellprogramme)</p> <p>Seiten 4-5</p>	<p>Maßnahmen zur Stärkung der Kompetenzen älterer Menschen, für die Entwicklung sorgender Gemeinschaften in den Bereichen Wohnen, Mobilität und Gesundheit, Prävention und Pflege für ältere Menschen werden unterstützt.</p> <p>Mit der Forschungsagenda für den demografischen Wandel sollen darüber hinaus wirksame Impulse für die Erforschung und Entwicklung von neuen Lösungen, Produkten und Dienstleistungen, die die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen stärken, gesetzt werden.</p>	<p>Mit dem Bundesaltensplan wollen wir auch in Zukunft einen Beitrag des Bundes für ältere Menschen unter besonderer Berücksichtigung der Erfordernisse im demografischen Wandel leisten. Dazu werden wir auch die entsprechenden Förderrichtlinien an veränderte Bedingungen anpassen.</p>	<p>Die weitere Entwicklung des Bundesaltensplans ist notwendig.</p> <p>Besonders die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, die Maßnahmen entsprechend ihrer Zuständigkeiten umzusetzen.</p>	<p>Der Bundesaltensplan muss weiterentwickelt werden.</p> <p>Neben der Frage der finanziellen Ausstattung gehören auch die Ziele auf den Prüfstand.</p> <p>So muss etwa die Medien- und Internetkompetenz als Förderziel in die Richtlinien des Bundesaltensplans aufgenommen werden.</p>	<p>Die demografische Entwicklung macht eine regelmäßige Fortschreibung der systematischen Förderung der Politik für Ältere erforderlich. Sie muss sich flexibel an den sich stetig verändernden Altersbildern orientieren und danach kontinuierlich und verlässlich finanziert werden.</p> <p>Die Förderung der Forschung, z.B. im gerontologischen Bereich, wollen wir besonders unterstützen.</p>





2. Alterssicherung	 CDU/CSU	 SPD	DIE LINKE. Die Linke	 DIE GRÜNEN	 FDP
<p>2.1 Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, damit Menschen (im Verlauf ihres Erwerbslebens) eine armutsfeste Rentenanwartschaft erwerben?</p> <p>Seiten 9-12</p>	<p>Wir wollen zielgerichtet den Menschen helfen, die zukünftig ein höheres Risiko haben könnten, im Alter auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein.</p> <p>Beispielsweise wollen wir eine Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen einführen, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind. Dabei sollen sie zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und anderen geeigneten Vorsorgearten wählen können.</p> <p>Wir wollen unser Altersvorsorgesystem mit seinen drei Säulen unter Einbeziehung der Grundsicherung im Alter zukunftsfest aufstellen. Dazu werden wir in der nächsten Legislaturperiode eine überparteiliche Rentenkommission mit Vertretern aus Gesellschaft, Wissenschaft und den Sozialpartnern einsetzen.</p>	<p>Werden Weichen für gute Lohnentwicklung stellen (Stärkung Tarifbindung, Pakt für anständige Löhne, insbesondere im Dienstleistungsbereich, Bildungs- und Qualifizierungsoffensive);</p> <p>Gehen mit Einbeziehung bisher nicht versicherter Selbständiger ersten Schritt zu Ausbau GRV in Erwerbstätigenversicherung;</p> <p>Werden Gleitzone (Midijobs) bis 1.300 Monatsbrutto ausweiten und reduzierten RV-Beitrag durch Steuermittel ergänzen;</p> <p>Führen für langjährig Versicherte (35 Jahre) Anspruch auf Solidarrente ein, so dass Alterseinkommen 10 % über Grundsicherungsanspruch am Wohnort liegt;</p> <p>Bringen Gesetz für eine „gesetzlich festgelegte doppelte Haltelinie bei Beitragssatz und Rentenniveau“ ein – Rentenniveau soll bis 2030 „mindestens“ bei heutigem Stand von 48 Prozent stabilisiert werden;</p> <p>Verbessern Vereinbarkeit Familie-Beruf.</p>	<p>Stundenlohn von ca. 12 Euro brutto erforderlich, um nach 45 Jahren Arbeit im Alter nicht aufs Sozialamt gehen zu müssen. Für Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, für strikte Begrenzung der Leiharbeit und schließlich deren Abschaffung. Jede Form abhängiger Beschäftigung muss von der ersten Stunde an voll der Sozialversicherungspflicht unterliegen.</p> <p>Im Rentensystem: Rentenniveau wieder auf 53 % anheben;</p> <p>für jede Form der Erwerbsarbeit (Selbstständige, Beamte, Freie Berufe, PolitikerInnen) Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen;</p> <p>für niedrige Einkommen die Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristen;</p> <p>steuerfinanzierte, einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente in Höhe von 1.050 Euro netto einführen.</p>	<p>Wir wollen, dass das Rentenniveau nicht weiter sinkt.</p> <p>Auch wenn wir das Rentenniveau stabilisieren, reicht das noch nicht für alle Menschen mit niedrigem Einkommen oder Erwerbsunterbrechungen.</p> <p>Menschen, die den größten Teil ihres Lebens gearbeitet, Kinder erzogen, andere Menschen gepflegt oder sonstige Anwartschaften in der Rentenversicherung erworben haben, sollen im Alter eine Rente beziehen, die oberhalb der Grundsicherung liegt – ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Anrechnung von betrieblicher und privater Altersvorsorge.</p>	<p>Altersvorsorge muss künftig als Baukasten begriffen werden, in dem gesetzliche Rente, betriebliche Altersvorsorge und private Vorsorge flexibel kombiniert werden. Erst die Kombination dieser Bausteine kann für die Sicherung des Lebensstandards im Alter sorgen. Wir wollen freiwillige Vorsorge stärken und die ungerechte doppelte Belastung durch Beiträge zu Kranken- und Pflegeversicherung auf Auszahlungen aus betrieblicher Altersvorsorge wieder abschaffen.</p> <p>Wir wollen die Beantragung und Auszahlung von gesetzlicher Rente und steuerfinanzierter Grundsicherung organisatorisch unter dem Dach der gesetzlichen Rentenversicherung zusammenführen.</p> <p>Wir wollen die Anrechnung von Einkünften aus privater und betrieblicher Altersvorsorge auf die Grundsicherung soweit reduzieren, dass sich ergänzende freiwillige Vorsorge auch für Geringverdiener im Alter immer auszahlt.</p>





2. Alterssicherung	 CDU/CSU	 SPD	DIE LINKE. Die Linke	 DIE GRÜNEN	 FDP
<p>2.2 Mit welchen konkreten Maßnahmen soll Einnahmesituation der GRV verbessert werden?</p> <p>In welchem Umfang soll der Bundeszuschuss an die gesetzliche Rentenversicherung angehoben werden, um demografische Verzerrungen auszugleichen?</p> <p>Seiten 12-14</p>	<p>Die Einnahmesituation der gesetzlichen Rentenversicherung ist stets gut, wenn viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind und damit Beiträge in die Versicherung einzahlen. Durch die demografische Entwicklung und deren Auswirkung auf die Rentenformel werden die Bundeszuschüsse in den nächsten Jahren ganz automatisch ansteigen. Schon heute beitragen Bundeszuschüsse und Beiträge des Bundes aus Steuermitteln über 90 Milliarden Euro und werden in den nächsten Jahren auf 100 Milliarden Euro ansteigen.</p>	<p>Finanzierung wird gerecht, solidarisch und paritätisch erfolgen.</p> <p>Bisherige und künftige gesamtgesellschaftliche Aufgaben, welche von der Rentenversicherung bewältigt werden, sind konsequent aus Steuermitteln zu decken, (Ausgaben für Mütterrente, Angleichung Renten in den neuen Bundesländern sowie Finanzierung der künftigen Solidarrente für langjährig Versicherte)</p> <p>Stabilisierung des Rentenniveaus erfordert erhebliche Mittel und wird neben moderat höheren Beiträgen ebenfalls durch einen höheren Steuerzuschuss zur Rentenversicherung und einen neuen Demografiezuschuss finanziert.</p>	<p>Finanzierung Alterssicherung ist wieder paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu tragen (Riester-Rente belastet allein Arbeitnehmer);</p> <p>Beitragsbemessungsgrenze in einem ersten Schritt deutlich anheben und langfristig ganz aufheben (bei Abflachung Ansprüche von hohen Renten);</p> <p>Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung umbauen: alle Erwerbstätigen sollen mit Erwerbseinkommen voll in der Rentenversicherung versicherungspflichtig sein;</p> <p>Anhebung des Beitragssatzes ist wahrscheinlich dennoch ebenso unerlässlich wie Erhöhung des Steuerzuschusses, wenn die Rente sich wieder an Sicherung des Lebensstandards und nicht an Beitragshöhe orientieren soll.</p>	<p>Soziale Sicherungssysteme sollen verlässlich, solidarisch und gerecht sein und allen Bürger*innen nach den gleichen Regeln Schutz bieten.</p> <p>Nicht anderweitig abgesicherte Selbstständige, Minijobber*innen, Langzeitarbeitslose und Abgeordnete sollen in die Rentenversicherung aufgenommen werden, perspektivisch auch Freiberufler*innen und Beamte*innen.</p> <p>Versicherungsfremde Leistungen wollen wir aus Steuern bezahlen.</p>	<p>Mit einer Schuldenbremse 2.0 wollen wir die Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung im Grundgesetz festschreiben (z.B. „Rente mit 63“, Kindererziehungszeiten, Hinterbliebenenrenten etc.).</p> <p>Wir halten es für wichtig, die Verwaltungskosten der gesetzlichen Rentenversicherung zu senken. Wir brauchen eine straffere Organisation, die Bundes- und Regionalträger zugunsten eines schlanken Trägers zusammenführt.</p> <p>Wir halten es für unumgänglich, das Rentenniveau in der gesetzlichen Rente daran anzupassen, dass die Menschen in Deutschland immer älter und zugleich weniger werden. Als einzige Alternative zu drastisch steigenden Beitragssätzen ist die ergänzende Vorsorge unverzichtbar.</p>





3. Freiwilliges Engagement	 CDU/CSU	 SPD	DIE LINKE. Die Linke	 DIE GRÜNEN	 FDP
<p>3.2 Maßnahmen zur spezifischen Förderung des Engagements älterer Menschen sowie deren Einbindung in Entscheidungsprozesse unter Berücksichtigung ihrer Lebenssituation, ihres Erfahrungswissens und ihrer Selbstbestimmung</p> <p>Seiten 19-20</p>	<p>Das Engagement der Menschen für die Gemeinschaft ist eine unverzichtbare Ressource, die von CDU und CSU auch in Zukunft gefördert und weiterentwickelt wird. Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich engagieren, steigt. Die größte Wachstumsgruppe sind ältere Menschen. Dafür haben CDU und CSU viel getan (generationsübergreifende Freiwilligendienste, das Programm „Freiwilligendienste aller Generationen“, Mehrgenerationenhäuser, steuerliche Rahmenbedingungen verbessert, bürokratische Hemmnisse abgebaut, die Übungsleiter- und Ehrenamtszuschale erhöht und eine bestmögliche Unfallabsicherung für alle bürgerschaftlich Engagierten erreicht).</p>	<p>Um die ältere Generation in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einzubinden, bedarf es der Kooperation mit öffentlichen Institutionen, gesellschaftlichen Gruppen, mit Verbänden und mit der Wirtschaft. Insbesondere die Zusammenarbeit mit Seniorenbeiräten, Sozialverbänden, Seniorenorganisationen und Gewerkschaften ist hier zu nennen.</p> <p>Altersgrenzen beim bürgerschaftlichen Engagement, beispielsweise als Schöffe oder Schöffin, werden wir gezielt überprüfen und ggf. abbauen.</p> <p>Arbeit der ehrenamtlich tätigen Streitschlichter und Schiedsleute werden wir weiter fördern, wie auch den Bundesfreiwilligendienst</p>	<p>In der Politik sind Seniorinnen und Senioren deutlich stärker einzubeziehen. In Kommunen muss ein Mitspracherecht in Gemeinderatssitzungen und Arbeitskreisen selbstverständlich werden.</p> <p>Setzt sich für eine gesetzliche Verankerung der politischen Teilhabe der älteren Generation über Seniorenmitwirkungsgesetze ein.</p>	<p>Um die Partizipations- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten älterer Menschen zu verbessern, bedarf es einer umfassenden Strategie. Sie muss den unterschiedlichen sozialen, finanziellen und gesundheitlichen Situationen älterer Menschen gerecht werden.</p>	<p>Wir befürworten den Aufbau eines laufbahnbegleitenden und altersgerechten Personalmanagements in Wirtschaft und Gesellschaft, um Erfahrungen zu nutzen und lebenslanges Lernen zu fördern („Altersmanagement“). Darum unterstützen wir entsprechendes Engagement z.B. in so genannten Bildungspatenschaften oder im Bundesfreiwilligendienst. Wo erforderlich, wollen wir bestehende Altersgrenzen aufheben.</p>





3. Freiwilliges Engagement	 CDU/CSU	 SPD	DIE LINKE. Die Linke	 DIE GRÜNEN	 FDP
<p>3.4 Ältere Menschen leisten mit ihrem Engagement einen wichtigen Beitrag zur Integration geflüchteter Menschen.</p> <p>Wie können Haupt- und Ehrenamtliche besser unterstützt und wie kann die Anerkennung für dieses wichtige Engagement gestärkt werden?</p> <p>Seiten 21-22</p>	<p>CDU und CSU treten zur weiteren Förderung des ehrenamtlichen Engagements für eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit über die Einsatzmöglichkeiten von Freiwilligenarbeit ein.</p> <p>CDU und CSU fördern zum Austausch von Engagement-Anbietenden und Engagement-Suchenden auch weiterhin die regelmäßige Durchführung von Ehrenamtsbörsen, Freiwilligentagen, Ehrenamtsmessen oder die bundesweite Woche des bürgerschaftlichen Engagements.</p> <p>Durch Qualifizierungsmaßnahmen, die Ausweitung der Ehrenamtscard, Preisverleihungen und Auszeichnungen fördern CDU und CSU auch weiterhin die Anerkennungskultur.</p>	<p>Setzen uns auch weiterhin für eine Infrastruktur ein, die Freiwillige durch verlässliche Strukturen unterstützt, in denen sich Bürgerschaftliches Engagement bestmöglich entfalten kann.</p> <p>Vorbildlich ist das Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“. Dieses Programm wollen wir ausbauen.</p>	<p>Anerkennungskultur für freiwilliges bürgerschaftliches Engagement muss verbessert werden, z.B. mit Freiwilligendienstaussweis für alle Freiwilligen, die sich über einen gewissen Zeitraum engagieren.</p> <p>Das Hauptamt muss gestärkt werden, neben Entbürokratisierung von Anträgen und Verfahren müssen auch hauptamtliche Stellen weiter ausgebaut werden.</p>	<p>Helferinnen und Helfer brauchen Unterstützung.</p> <p>Wir wollen Netzwerkstrukturen vor Ort fördern und mehr Geld für Supervision, Begleitung und Weiterbildung von Freiwilligen bereitstellen.</p>	<p>Wir befürworten den Aufbau eines laufbahnbegleitenden und altersgerechten Personalmanagements in Wirtschaft und Gesellschaft und wollen dabei auch insbesondere die Erfahrungen älterer Menschen in unserer Gesellschaft nutzen.</p> <p>Wo erforderlich, wollen wir bestehende Altersgrenzen aufheben.</p> <p>Zudem wollen wir Politikbereiche so bündeln, dass Kompetenzgerangel vermieden werden kann (nach dem Vorbild des in NRW neu gegründeten Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, das nun auch für Flüchtlingsintegration zuständig ist).</p>





4. Gesundheit und Pflege	 CDU/CSU	 SPD	DIE LINKE. Die Linke	 DIE GRÜNEN	 FDP
<p>4.1 Welche konkreten Maßnahmen in Bezug auf die gesundheitliche und pflegerische Versorgung älterer Menschen - welche Bedeutung kommt dabei der steigenden Zahl von Menschen mit Demenzerkrankung zu?</p> <p>Seiten 24-27</p>	<p>Mit der umfassenden Reform der Pflegeversicherung haben wir Demenzkranken einen gleichberechtigten Zugang zu allen Leistungen eröffnet Dadurch stärken wir die pflegenden Angehörigen. Diesen Weg gehen wir weiter.</p> <p>Der weitere Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen verlangt Anstrengungen aller Beteiligten... Daher werden wir eine „Konzertierte Aktion Pflege“ ins Leben rufen. Wir wollen die Möglichkeiten der Rehabilitation zur Erhaltung der Selbstständigkeit stärker nutzen, entsprechende Angebote ausbauen und die Zusammenarbeit der Sozialversicherungsträger in diesem Bereich verbessern.</p> <p>Kinder pflegebedürftiger Eltern und sonstiger Angehöriger, zu deren Unterhalt sie verpflichtet sind, wollen wir besser vor einer Überforderung schützen. Ein Rückgriff auf Kinder soll erst ab einem Einkommen von 100.000 Euro erfolgen.</p>	<p>Werden Umsetzung der (Pflege-)Reform intensiv begleiten;</p> <p>Modellprogramm Stärkung der Kommunen in der Pflege: werden nach Abschluss des Modells die Ergebnisse auswerten. Sollten die Modelle erfolgreich sein, werden wir dann die erforderlichen gesetzlichen Regelungen erlassen.</p> <p>Setzen uns für weiteren Ausbau der Pflegestützpunkte ein.</p> <p>Wollen Familienarbeitszeit für Pflege einführen. Pflegenden Angehörige sollen sich für bis zu drei Monaten von der Arbeit freistellen lassen können. Sie erhalten dann eine Lohnersatzleistung, die sich in Höhe und Umfang am Elterngeld orientiert.</p> <p>Wer darüber hinaus seine Arbeitszeit reduzieren will, soll das Familienpflegegeld erhalten. Es beträgt 150 Euro monatlich. Es wird bei einer reduzierten Beschäftigung (im Umfang von 26 bis 36 Wochenstunden) bis zu 24 Monate gezahlt.</p>	<p>Für moderne Versorgungskonzepte wie poliklinische Einrichtungen;</p> <p>Leistungen Pflegeversicherung so ausgestalten, dass alle Menschen selbstbestimmt entscheiden können, ob sie ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege- oder Assistenzleistungen in Anspruch nehmen;</p> <p>Menschen mit Demenz brauchen alternative und betreute Wohnformen in ihrem vertrauten Lebensumfeld sowie flexible Kombinationsmöglichkeiten von Pflegeleistungen;</p> <p>Kommunales Case-Management, einschließlich Unterstützung für pflegende Angehörige und pflegende Freunde und Nachbarn, ist verstärkt zu erproben.</p>	<p>Für einen Anspruch auf unabhängige und neutrale Beratung durch eine Fallmanager*in, damit eine passende Versorgung im häuslichen Umfeld organisiert werden kann;</p> <p>jede Kommune soll dauerhaft die Möglichkeit erhalten, die Initiative bei der Pflegeberatung, Pflegeplanung und Vernetzung der Angebote zu ergreifen und auf Wunsch auch die Koordination zu übernehmen.</p>	<p>Pflege durch Angehörige soll genauso finanziert werden wie Pflege durch ambulante Pflegedienste. Wir wollen, dass Patientinnen und Patienten im Vordergrund stehen. Daher wollen wir Aufwand für Bürokratie und Dokumentation vermindern. Ein Lösungsansatz ist die verstärkte Nutzung von IT- und Assistenzsystemen.</p> <p>Fordern, dass die Bundesländer ihrer Verantwortung für die Krankenhäuser wieder nachkommen. Setzen dazu auf ein Anreizsystem, wonach diejenigen Länder, die ihren Investitionsverpflichtungen nachkommen, vom Bund einen Zuschuss erhalten. Außerdem muss es zu einer sinnvollen Profil- und Zentrenbildung bei den Krankenhäusern kommen. Die Notfallversorgung muss flächendeckend erhalten bleiben. Ökonomische Fehlansätze im Fallpauschalen-System sind zu beseitigen. Wollen in allen Disziplinen die Altersmedizin (Geriatric) stärken sowie Forschung und Lehre in diesem Bereich ausbauen.</p>





4. Gesundheit und Pflege	 CDU/CSU	 SPD	DIE LINKE. Die Linke	 DIE GRÜNEN	 FDP
<p>4.2 Welchen Maßnahmen zur Sicherstellung der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung auch in strukturschwachen ländlichen Gebieten und in benachteiligten Stadtteilen?</p> <p>Seiten 28-29</p>	<p>Mit dem Versorgungsstärkungsgesetz wird sichergestellt, dass Patientinnen und Patienten auch in Zukunft flächendeckend medizinisch gut versorgt werden.</p> <p>Wir garantieren eine gute ärztliche Versorgung im ländlichen Raum. Die Versorgung durch ein ortsnahes Apothekenangebot werden wir sichern, indem wir den Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln verbieten.</p> <p>Der Masterplan Medizinstudium 2020 ist ein wichtiger Schritt hin zu einem modernen Medizinstudium Mehr Praxisbezug im Studium und eine Stärkung der Allgemeinmedizin sind gerade mit Blick auf die gute Versorgung im ländlichen Raum von großer Bedeutung.</p>	<p>In dieser und schon in der letzten Wahlperiode sind durch das Versorgungsstärkungs- und das Versorgungsstrukturgesetz zahlreiche Maßnahmen verabschiedet worden. Die mit der Umsetzung der Maßnahmen beauftragten Akteure wie der Gemeinsame Bundesausschuss, Krankenkassen, Kassenärztliche Vereinigung arbeiten an der Umsetzung.</p> <p>Mit dem verabschiedeten E-Health-Gesetz soll Telemedizin ein wichtiger Baustein im Versorgungssystem werden.</p>	<p>Moderne Versorgungskonzepte wie poliklinische Einrichtungen;</p> <p>Rotationspraxen, bei denen Ärztinnen und Ärzten unterschiedlicher Fachrichtungen tageweise eingerichtete Praxisräume zur Verfügung gestellt werden;</p> <p>Einrichtung von Patientenshuttles für Dörfer, in denen keine Vor-Ort-Betreuung gewährleistet werden kann;</p> <p>nichtärztliche Gesundheitsberufe sollen mehr Verantwortung übernehmen können, um gute Versorgung auch in der Fläche sicherzustellen;</p> <p>Bedarfsplanung und Versorgungssteuerung müssen verbessert werden (z. B. Psychotherapie)</p>	<p>Kommunen sollen mehr Möglichkeiten erhalten, die Pflege- und Gesundheitsversorgung zu gestalten;</p> <p>interessierte Regionen oder Landkreise sollen Gründung von „Gesundheitsregionen“ durch Krankenkassen anstoßen können, um gemeinsam integrierte Versorgung passend für die Region weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch, die Perspektive der Patientinnen und Patienten durch aktive Beteiligung in Beiräten einzubeziehen.</p>	<p>Wollen ambulante Versorgung flächendeckend, wohnortnah und auf hohem Qualitätsniveau sicherstellen - insbesondere im ländlichen Raum, wo die Attraktivität des niedergelassenen Arztberufes zu steigern ist. Dazu dient u.a. die weitere Schaffung von Lehrstühlen für Allgemeinmedizin, ein Anreizsystem für den medizinischen Nachwuchs, die bessere Vernetzung von Lehrpraxen mit medizinischen Fakultäten und die Förderung von Weiterbildungsverbänden zwischen Praxen und Krankenhäusern. Ärztliche Kooperationen wie Netze, Medizinische Versorgungszentren (MVZ) oder Berufsausübungsgemeinschaften sind ein wichtiges Element der Versorgung. Rückgrat der ambulanten Versorgung sollten nach wie vor freiberuflich, in eigener Praxis tätige Niedergelassene sein. Bei Einrichtung von MVZ werden wir alles dafür tun, dass keine „Industrialisierung“ der Medizin stattfindet. Zudem wollen wir die Budgetierung im Gesundheitswesen abschaffen.</p>





4. Gesundheit und Pflege	 CDU/CSU	 SPD	DIE LINKE. Die Linke	 DIE GRÜNEN	 FDP
<p>4.6 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass zur Umsetzung der Mitwirkungsrechte von maßgeblichen Organisationen für die Wahrnehmung der Interessen und der Selbsthilfe pflegebedürftiger und behinderter Menschen im SGB XI dem SGB V vergleichbare Rahmenbedingungen geschaffen werden?</p> <p>Seite 36</p>	<p>Wir werden prüfen, wie sich die neuen Mitwirkungsrechte auf die auf Bundesebene maßgeblichen Organisationen bei der Wahrnehmung der Interessen und der Selbsthilfe pflegebedürftiger und behinderter Menschen auswirken und gegebenenfalls Anpassungen vornehmen.</p>	<p>Ja, wir werden uns dafür einsetzen.</p>	<p>Für bessere personelle und sachgerechte Ausstattung aller Verbände und Initiativen, die Interessen der Menschen mit Pflegebedarf und Menschen mit Behinderungen vertreten - auch im SGB XI (neben Fortbildung und Schulung auch Reisekostenvergütung, Ersatz Verdienstausfalls sowie angemessene Aufwandsentschädigung);</p> <p>Wichtiger ist jedoch qualitative Stärkung der Mitwirkungsrechte, insbesondere im neuen Qualitätsausschuss (über Teilnahme- und Antragsrecht hinaus ein Stimmrecht für die Interessenvertretungen der Menschen mit Pflegebedarf, der Pflegepersonen und der Pflegekräfte).</p>	<p>Begrüßen, dass den Interessens- und Selbsthilfeverbänden pflegebedürftiger und behinderter Menschen nun auch im SGB XI Mitwirkungsrechte eingeräumt wurden; notwendig, dass sie dabei im erforderlichen Umfang organisatorisch und inhaltlich unterstützt werden, damit sie ihre Mitwirkungsrechte auch wahrnehmen können.</p>	<p>Mitwirkung und Mitverantwortung sind wesentliche Teile einer lebendigen Demokratie, die wir so unbürokratisch wie möglich unterstützen wollen. Das gilt auch für die Mitwirkung der BAGSO auf Bundesebene.</p>





4. Gesundheit und Pflege	 CDU/CSU	 SPD	DIE LINKE. Die Linke	 DIE GRÜNEN	 FDP
<p>4.7 Mit welchen konkreten Maßnahmen soll die ambulante und stationäre palliativmedizinische Versorgung flächendeckend sichergestellt und die Hospizarbeit gestärkt werden?</p> <p>Seiten 37-38</p>	<p>Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung stärken wir die Hospiz- und Palliativversorgung überall dort, wo Menschen ihre letzte Lebensphase verbringen – sei es zu Hause, im Krankenhaus, im Pflegeheim oder im Hospiz. Zugleich verbessern wir die Information und Beratung, damit Hilfsangebote besser bekannt werden.</p> <p>Den Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung werden wir entschlossen weiter vorantreiben.</p>	<p>Es bleibt zunächst zu beobachten, ob und wie die Ziele des 2015 in Kraft getretenen Gesetzes zur Hospiz- und Palliativversorgung in der Praxis umgesetzt werden.</p> <p>Wenn sich Nachbesserungsbedarf zeigen sollte, werden wir den auch zügig umsetzen.</p> <p>Sicher ist schon jetzt, dass sich der Gesetzgeber noch einmal mit der Versorgung im stationären Bereich befassen muss.</p>	<p>Palliativangebote sollen Bestandteil der Regelversorgung werden;</p> <p>Rechtsanspruch auf allgemeine Palliativversorgung so ausgestalten, dass jede Bürgerin und jeder Bürger diesen unabhängig von Art der Erkrankung oder Behinderung, vom individuellen Lebensort, von Wohnform sowie von Versicherungsform in Anspruch nehmen kann</p>	<p>Wollen Beratung und Begleitung von Schwerstkranken und Sterbenden und ihren Angehörigen verbessern, die Allgemeine Ambulante Palliativversorgung sowie die Palliativ- und Hospizversorgung in stationären Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern ausbauen sowie das bürgerschaftliche Engagement in der Palliativ- und Hospizarbeit mehr unterstützen.</p> <p>Bei der Entwicklung von Personalbemessungsinstrumenten in der Pflege sind die sehr personalintensiven Anforderungen an palliativ-hospizliche Versorgung explizit zu berücksichtigen.</p> <p>Beim Anspruch auf einen Platz in einem stationären Hospiz sollten PflegeheimbewohnerInnen und Menschen im häuslichen Setting gleichgestellt werden.</p>	<p>Wollen Palliativmedizin und Hospizwesen weiter ausbauen. Dabei sollte neben Neueinrichtung von Hospizen vor allem Palliativversorgung in Kliniken, Alten- und Pflegeheimen sowie im häuslichen Umfeld erweitert werden. Insbesondere Pflegeheime benötigen einen Palliativzuschlag, um zur deutlich besseren Personal- und Finanzierungssituation in Hospizen aufzuschließen.</p> <p>Weiterhin bedarf es einer flächendeckenden Förderung einer spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) in vernetzten Teams aus Ärzteschaft, Pflegekräften, Psychologinnen und Psychologen, Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten, Seelsorgenden, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und ehrenamtlich Helfenden. Diese SAPV-Teams sollten mit telemedizinischer Unterstützung und Minimum an bürokratischer Belastung flexibel ihre Aufgabe erfüllen können. Der neue § 217 StGB muss wieder abgeschafft werden.</p>

5. Wohnen, Wohnumfeld und Mobilität	 CDU/CSU	 SPD	DIE LINKE. Die Linke	 DIE GRÜNEN	 FDP
<p>5.2 Mit welchen Maßnahmen soll die Zahl der altersgerechten Sanierungen von Eigenheimen und Wohnungen erhöht werden? Soll das KfW-Zuschussprogramm „Altersgerecht umbauen“ erhalten und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden? Sollen Rechtsansprüche des Mieters zur Herstellung der Barrierefreiheit eingeführt werden?</p> <p>Seiten 41-43</p>	<p>Wir wollen, dass die Menschen möglichst lange in der eigenen Wohnung, im Haus oder im angestammten Wohnviertel leben können. Deshalb werden wir die dafür erforderlichen Investitionen in den barrierearmen Umbau unterstützen.</p> <p>Zudem werden wir prüfen, inwieweit Umbaumaßnahmen für alters- oder behindertengerechtes Wohnen von der Rückbaupflicht ausgenommen werden können, wenn der Mieter dafür die Kosten getragen hat.</p>	<p>Weitere ausreichende staatliche Förderung (von altersgerechtem Wohnraum) ist dringend geboten. Deshalb werden wir uns für eine Fortsetzung und Verstärkung des KfW-Programms stark machen.</p> <p>Bessere Förderung der Wohnraumanpassung durch das PSG II (bis zu 4.000 Euro), von Alten-WGs und von Mehrgenerationenhäusern „können kombiniert werden, um die Wirkung zu erhöhen“;</p> <p>Werden uns für eine Reform des Wohnungseigentumsgesetzes einsetzen und dabei auch das Thema Barrierefreiheit einbeziehen.</p>	<p>Statt Vermieter durch die Umlage zu möglichst teuren Modernisierungen einzuladen, sollen gezielte Sanierungen gefördert und Mieterinnen und Mieter angemessen durch einen sozialen und ökologischen Mietspiegel an der Finanzierung beteiligt werden.</p> <p>Durch die Aufstockung der sozialen Wohnraumförderung und des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms auf jeweils 5 Mrd. Euro pro Jahr stellen wir zusätzliche Investitionsmittel zur Verfügung. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE für die Aufstockung und dauerhafte Fortschreibung des KfW-Programms „Altersgerecht Umbauen“ ein.</p>	<p>Werden das KfW Programm „Altersgerecht umbauen“ zunächst auf 100 Mio. Euro aufstocken, dann bedarfsgerecht verstetigen, und durch einen Bewegungsfreiheitsbonus für den Barriereabbau im Wohnumfeld ergänzen.</p> <p>Mit einer Informationskampagne und mehr Zuschüssen im Vergleich zu den verbilligten Krediten gestalten wir die Programme so aus, dass sie auch ankommen. Sowohl Mietern als auch Eigentümerinnen in Wohneigentümergeinschaften wollen wir den Barriereabbau unkompliziert ermöglichen.</p>	<p>Unterstützen bestehende Förderprogramme zum altersgerechten Umbau. Nicht alle alten und behinderten Menschen brauchen dabei Barrierefreiheit. Oft reicht auch die kostengünstigere Barrierearmut Dies ist bei Förderprogrammen entsprechend zu berücksichtigen.</p> <p>Nein, planen keine Rechtsansprüche des Mieters gegenüber dem Vermieter sowie des Wohnungseigentümers gegenüber der Eigentümergemeinschaft zur Herstellung der Barrierefreiheit, aber der medizinische Dienst der Krankenkassen sollte die Kriterien zur Genehmigung entsprechender Anträge neu fassen.</p>

5. Wohnen, Wohnumfeld und Mobilität	 CDU/CSU	 SPD	DIE LINKE. Die Linke	 DIE GRÜNEN	 FDP
<p>5.5 Maßnahmen, um Bürgerinnen und Bürger besser vor Wohnungseinbrüchen, vor Diebstahl und Raub sowie vor dem Missbrauch ihrer Gutgläubigkeit (Beispiel „Enkeltrick“) zu schützen</p> <p>Seiten 45-48</p>	<p>Werden die Menschen bei Vorbeugung von Diebstahl weiter unterstützen und Förderprogramm zur Einbruchsicherung beibehalten.</p> <p>Wir müssen dafür sorgen, dass deutlich mehr Einbrüche aufgeklärt, Täter leichter gefasst und Wiederholungs- bzw. Serienstraftaten verhindert werden. Daher haben wir der Polizei zusätzliche Ermittlungsbefugnisse an die Hand gegeben.</p> <p>Wir unterstützen Eigentümer und Mieter weiterhin dabei, Türen und Fenster besser zu sichern, damit Einbrecher dort gar nicht erst eindringen können. Dafür gibt es staatliche Zuschüsse, die wir bereits aufgestockt haben und weiter ausbauen wollen.</p> <p>Mit Hilfe ehrenamtlicher Sicherheitsberater wollen wir die Menschen besser vor Straftaten schützen. Wir wollen Betrugsmaschen verhindern, die sich gezielt gegen ältere Menschen richten.</p>	<p>Wir wollen, dass sich unsere Behörden konsequent der Alltagskriminalität annehmen – durch mehr Prävention und effektive Strafverfolgung.</p> <p>Wir wollen, dass mehr Polizistinnen und Polizisten auf unseren Straßen sichtbar sind. Wir wollen die Polizei besser ausstatten.</p> <p>Setzen uns für eine Ausweitung der Angebote ein, die sicherheitsorientiertes Verhalten im Alter verbessern.</p> <p>Werden auch weiterhin Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Alter mit Bundesmitteln fördern.</p>	<p>Setzt auf präventive Ansätze: erhöhte Polizeipräsenz durch regelmäßige Streifeneinsätze vor Ort, Stärkung der personellen und materiellen Ressourcen der Ermittlungs- und Beweissicherungsstrukturen der Polizei sowie technische Sicherung der Wohnungen. Strafverschärfungen sind dagegen symbolische Politik und werden organisierte kriminelle Strukturen nicht aufbrechen.</p>	<p>Wollen, dass die viel zu niedrige Aufklärungsquote erhöht und Prävention stärker gefördert wird: Mehr Personal und bessere Ausstattung für die Polizei und mehr staatlich geförderte Investitionen in passiven Einbruchsschutz;</p> <p>Gleichzeitig muss Polizei die Bürgerinnen und Bürger über neue Kriminalitätsformen und Tricks aufklären und sie dafür sensibilisieren.</p>	<p>Wir wollen Polizei und Justiz Haushaltspriorität einräumen, denn personell und sachlich bestens ausgestattete Sicherheitsbehörden sind die beste Waffe im Kampf gegen Kriminelle.</p> <p>Zudem wollen wir Aufklärungsarbeit stärken (insbesondere in Bundesländern, in denen massive Aufklärungsarbeit und ein umfassendes Beratungsangebot der Sicherheitsbehörden bereitgestellt worden ist, sind zwar die Versuchszahlen auf konstant hohem Niveau, aber eine erhebliche Zahl von Taten bleiben in ebendiesem Status stecken und kommen nicht zur Vollendung)</p> <p>Zur technischen Sicherung der eigenen Wohnung beziehungsweise selbstbewohnter Gebäude sollte es auch künftig nicht nur diese Aufklärungsarbeit, sondern auch eine steuerliche Berücksichtigung von Sicherungsmaßnahmen geben.</p>

5. Wohnen, Wohnumfeld und Mobilität	 CDU/CSU	 SPD	DIE LINKE. Die Linke	 DIE GRÜNEN	 FDP
<p>5.6 Mit welchen Maßnahmen sollen Kommunen dabei unterstützt werden, barrierefreie, inklusive Quartiere mit einer fußläufig erreichbaren Nahversorgung (Ärzte, Apotheken, Banken, Lebensmittelgeschäfte etc.) zu schaffen und zu erhalten? Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass auch diese privaten Dienstleister Barrieren abbauen müssen?</p> <p>Seiten 48-49</p>	<p>Bestehende Programme zur Barrierefreiheit werden wir weiter unterstützen und insbesondere die Herausforderungen des demografischen Wandels im Blick behalten.</p>	<p>In dieser Legislatur bereits große Fortschritte beim Abbau von Barrieren erzielt (mit Novellierung des Bundesbehindertengleichstellungsgesetzes und Verankerung der Belange von Menschen mit Behinderungen bei der vertragsärztlichen Zulassung von Arztpraxen). Diesen Weg wollen wir weitergehen.</p> <p>Wir wollen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) im Hinblick auf verbindlichere Regelungen für die Privatwirtschaft weiterentwickeln.</p> <p>Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass Bundesgelder wie die Städtebauförderung oder die Wohnraumförderung von den Ländern und Kommunen auch zur Herstellung von Barrierefreiheit genutzt werden.</p>	<p>Barrierefreiheit soll verbindlich in den Baugesetzbüchern von Bund und Ländern verankert werden. Das „universelle Design“ (Artikel 2 UN-BRK) sollte zum gestalterischen Grundprinzip in allen Lebensbereichen werden.</p> <p>Durch eine Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes, des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sowie damit im Zusammenhang stehender Regelungen des Bau-, Verkehrs- und Mietrechts wollen wir sowohl öffentliche Einrichtungen als auch die Privatwirtschaft umfassend zu Barrierefreiheit verpflichten.</p>	<p>Werden private Anbieter von Gütern und Dienstleistungen dazu verpflichtet, innerhalb einer angemessenen Frist Barrieren abzubauen.</p> <p>Darüber hinaus werden wir der Barrierefreiheit stärkeres Gewicht in Programmen zur Förderung der Regionalentwicklung und des Städtebaus geben.</p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass Programme der Stadtentwicklung für Barrierefreiheit effizient umgesetzt werden.</p> <p>Im öffentlichen Bereich ist die Barrierefreiheit unerlässlich. Für uns ist Barrierefreiheit eine Haltung. Deshalb begrüßen wir jeden Schritt in jedem Bereich, der Hindernisse aus dem Weg räumt und somit zu mehr Barrierefreiheit beiträgt.</p> <p>Eine Verpflichtung privater Dienstleister hierzu lehnen wir allerdings ab.</p>

6. Verbraucherschutz und -information	 CDU/CSU	 SPD	DIE LINKE. Die Linke	 DIE GRÜNEN	 FDP
<p>6.2 Mit welchen Maßnahmen sollen Angebote und Dienstleistungen aus dem öffentlichen wie privatwirtschaftlichen Sektor weiterhin (kostenneutral) auch „analog“ vorgehalten werden?</p> <p>Seite 53</p>	<p>Neben der softwarebasierten Lösung zum Bürgerportal gibt es Überlegungen, mit physischen Anlaufstellen einen flächendeckenden barrierefreien Zugang zum digitalen Staat zu ermöglichen. Dazu werden z.B. flächendeckend „eGov-Boxen“ angedacht.</p> <p>Diese Schalter sollen rund um die Uhr zugänglich sind (z B. im Vorraum von Banken/in Einkaufszentren).</p> <p>Die eGov-Boxen sollten nutzerfreundlich und barrierefrei sein, um eine digitale Abschottung zu verhindern und einen sicheren Zugang zu gewähren.</p>	<p>Wir wollen, dass sich die meisten Behördengänge in Zukunft auch online erledigen lassen. Dabei muss die Barrierefreiheit digitaler Angebote der öffentlichen Verwaltung eine Selbstverständlichkeit sein und mit der barrierefreien Gestaltung von E-Government-Angeboten muss sichergestellt werden, dass diese auch von Menschen mit Behinderungen genutzt werden können. Geprüft werden muss, ob die rechtlichen Vorgaben ausreichend sind oder ob hier Anpassungsbedarf besteht. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass auch Menschen, die die digitalen Angebote der Verwaltung nicht in Anspruch nehmen können, niedrighschwellige und gleichwertige Alternativen angeboten werden.</p>	<p>Es muss hier eine solidarische Lösung gefunden werden, um Angebote und Dienstleistungen weiterhin für alle verfügbar zu halten.</p> <p>Bildungsangebote, u.a. im Bereich der Digitalisierung, müssen für alle zugänglich sind.</p>	<p>Verwaltung muss dringend modernisiert und digitalisiert werden (E-Government). Dabei muss konsequent auf Barrierefreiheit geachtet und gewährleistet werden, dass Menschen, die digitale Verwaltungsabläufe nicht nutzen können oder wollen, eine gleichwertige Alternative angeboten wird.</p> <p>Daten, die durch die öffentliche Hand hergestellt werden (z.B. Geo- oder Wetterdaten) sollen allen kostenfrei zur Verfügung stehen (Open Data)</p>	<p>Technologischer Fortschritt ist dann demokratisch, wenn er in verständlichen und auch von Älteren nachvollziehbaren Schritten realisiert wird – dafür setzt sich liberale Politik ein.</p>

6. Verbraucherschutz und -information	 CDU/CSU	 SPD	DIE LINKE. Die Linke	 DIE GRÜNEN	 FDP
<p>6.5 Wie sollen Interessen der privaten Verbraucherinnen und Verbraucher im Prozess der Digitalisierung gewährleistet werden? Wie wollen Sie bewirken, dass IT-Angebote nutzerfreundlicher und risikofrei sowie in barrierefreier Form angeboten werden?</p> <p>Seiten 56</p>	<p>Diesen Prozess gilt es, fortwährend mit allen Chancen und Herausforderungen im Blick zu halten, um sicherzustellen, dass alle Menschen auf dem Weg des digitalen Wandels mitgenommen werden.</p>	<p>Für spezifische Bedürfnisse von Verbrauchergruppen, wie Senioren, Kinder und Migranten sind „klare gesetzliche Regelungen“ notwendig.</p> <p>Voraussetzungen für die Akzeptanz von IT-Angeboten sind die Sicherstellung der IT-Sicherheit und der Schutz personenbezogener Daten.</p> <p>Zweite Voraussetzung ist die Nutzerfreundlichkeit der IT-Angebote. Dabei muss auch Barrierefreiheit eine Selbstverständlichkeit sein. Hierzu gibt es bereits verschiedene rechtliche Vorgaben, die dies sicherstellen sollen. Geprüft werden muss, ob diese ausreichend sind oder ob hier Anpassungsbedarf besteht.</p>	<p>Unternehmen, Behörden und andere Dienstleister sollen dazu angehalten werden ihre Webseiten so barrierefrei wie möglich zu gestalten. Besonders Behörden und Ministerien sollten mit guten Beispiel voran gehen.</p>	<p>Menschen sollen Kontrolle über ihre Daten behalten. Das wollen wir möglichst leicht machen, z.B. durch technisch voreingestellten Datenschutz.</p> <p>Diensteanbieter müssen höchstmögliche IT-Sicherheit sicherstellen und barrierefreie Angebote zur Verfügung stellen. Zur Wahlfreiheit gehört, Anbieter und Plattformen unkompliziert wechseln zu können. Um Probleme im digitalen Markt schnell zu erkennen, wollen wir die Marktwächter der Verbraucherzentralen ausbauen und schlagkräftiger machen.</p>	<p>Die Möglichkeit, an allen Facetten des Lebens teilzunehmen, ist Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Damit ältere Menschen und Menschen mit Einschränkungen ungehindert am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, müssen wir Barrieren abbauen. Dies betrifft auch digitale Angebote. Gleichzeitig sollen digitale Angebote und Systeme genutzt werden, um Barrieren abzubauen oder zu verringern.</p>